

Rechtsanwalt  
H. BORCHERS  
Wuppertal-Elberfeld  
Neumarkt Strasse 10  
Ruf 38339

7. September 1949

Eingegangen am 9. 9. 49  
als Urteilsbeschluss der Geschäftsstelle des Landgerichts

*Willy Juchacz*

Revisionsbegründung  
in der Strafsache  
gegen

Baecker u. Andere  
5 Ks 1/48 (15/V)

.....

für den Angeklagten vom Dorff:

*Makroth*

I.

Um die Nachprüfung durch das Revisionsgericht zu ermöglichen, muss das Urteil des Tatrichters in erster Linie einwandfrei erkennen lassen, auf welche rechtlichen Gesichtspunkte er die Verurteilung gestützt hat und wie diese Gesichtspunkte in den einzelnen Verurteilungsfällen zu dem Strafausspruch koordiniert sind. Bei dem Strafausspruch gegen vom Dorff (S. 5) fehlt die Bezeichnung der Fälle für die tatseinheitlich die Verletzung deutscher Strafbestimmungen angenommen ist. Aus den Gründen des Urteils lässt sich gleichfalls nicht in allen 4 Fällen mit Sicherheit feststellen, welche Strafbestimmungen angewandt sind. (Vergl. S. 19, 20, 51 bis 55, 117 bis 119, 146, 157).

Durch Vergleich der Gründe mit dem Strafausspruch lässt sich überwiegend nur aus der blossen Aufeinanderfolge der Fälle der Schluss gewinnen, wie das Schwurgericht die einzelnen Fälle subsumiert hat. Diese chronologische Reihenfolge entbehrt jedoch der genügenden Eindeutigkeit, um festzustellen, wie das Schwurgericht im Einzelfall zu der Subsumption gekommen ist. Diese Beziehungen zwischen den tatbe-

An das  
Schwurgericht  
Wuppertal-K.

standlichen Feststellungen in den Gründen zu dem Strafausspruch müssen aber eindeutig vorhanden sein, um die Überprüfung durch den Revisionsrichter zu gewährleisten.

## II.

Geht man von der gleichen Reihenfolge im Strafausspruch und in den Gründen aus, so wären die festgestellten 4 Unmenschlichkeitsverbrechen tateinheitlich begangen:

- a) im Fall Gless (S. 51 bis 54) mit gefährlicher Körperverletzung,
- b) im Fall Aufenwasser (S. 54, 55) mit Nötigung,
- c) im Fall August Hochkeppel (S. 64 bis 66) mit gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung,
- d) im Fall Pohl (S. 117 bis 119) mit Körperverletzung im Amte.

Zu a) stellt das Urteil insoweit auf S. 54 fest, dass vom Dorff den Zeugen Gies gemeinschaftlich mit anderen SA-Leuten körperlich misshandelt und an der Gesundheit geschädigt hat. -

Zu b) (Fall Aufenwasser) wird auf Seite 55 bemerkt, dass vom Dorff zusammen mit anderen SA-Leuten den Zeugen unter Vorhaltung von Pistolen zur Feststellung einer Leibesvisitation gezwungen habe. Hiernit will das Schwurgericht offenbar den Tatbestand der Nötigung (§ 240 StGB) feststellen. Jedoch fehlt die - aus den unteren <sup>notwendige</sup> näher zu begründenden - Feststellung, dass die Nötigung widerrechtlich durch eine Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen erfolgt ist.

Zu c) wird auf S. 66 bemerkt, dass beide (v. Dorff und Heising) nicht nur einer Freiheitsberaubung, sondern auch einer gemeinschaftlichen Misshandlung überführt seien.

Zu d) (Fall Pohl) fehlt S. 118 ff. die Feststellung einer im Amte begangenen Körperverletzung, weiter auch auf S. 148 jegliche Begründung dafür, weshalb v. Dorff



Beamter und inwiefern er eine vorsätzliche Körperverletzung "in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes" begangen hat. Auch bei der Erörterung der Personallen (S. 19, 20) ist eine Feststellung der Beamteneigenschaft nicht getroffen. Im Gegensatz zu dem Angeklagten vom Dorff ist der Misseteilige Kroh in diesem Fall nur wegen einfacher Körperverletzung erkannt (S. 150), obwohl tatbestandliche Unterschiede gegenüber vom Dorff in den Gründen nicht ersichtlich sind. Das Schwurgericht begründet also nicht, weshalb die Beamteneigenschaft dem Angeklagten vom Dorff zukommt, dem Angeklagten Kroh dagegen fehlt.

### III.

Ferner ist weder im Strafausspruch noch in den Gründen im Fall August Hochkeppel konkurrenzmäßig die Verbindung des Deliktes der Freiheitsberaubung mit dem Unmenschlichkeitsverbrechen hergestellt. Im Strafausspruch (S. 5) ist mit dem Wort "diesse" Tateinheit nur bezüglich der vorausgeführten Körperverletzung mit der Freiheitsberaubung ausgesagt. Dasselbe ergibt S. 148, wo Tateinheit zwischen dem Kontrollratsvergehen und der Körperverletzung einerseits und der Freiheitsberaubung mit der Körperverletzung andererseits angenommen wird, die notwendige Feststellung der Konkurrenz der Freiheitsberaubung mit dem Kontrollratsvergehen jedoch nicht erfolgt.

### IV.

#### Fall Gless (S. 51 bis 54):

Der Umfang der Beteiligung des vom Dorff<sup>ist</sup> durch die Urteilsgründe nicht hinreichend genau beschrieben. Es handelt sich um eine Mehrheit von SA-Leuten, darunter der Angeklagte vom Dorff und ein verstorbener Bruder, die über Gless hergefallen sein sollen. Es dürfte nicht genügend sein, nur festzustellen, dass der Zeuge "unter ihren Schlägen und Tritten" zusammengebrochen sei, da nicht erkennbar, ob damit andere SA-Leute dieser Gruppe oder die Brüder vom Dorff selbst gemeint sind.

Ans. f. d. B.  
H. v. d. B.  
B. 27

Ferner fehlt nach dem Sachverhalt eine genügende Verbin-

dung zu der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die damals - am 27. 2. 1933 - noch nicht endgültig aufgerichtet war. Es war noch die Kampfzeit der Linksparteien mit der MSDAP um die Macht im Gange. Der Vorgang war typisch für die Ausübung einer Funktionärversammlung der gegnerischen Partei, wie es ähnlich in der früheren Kampfzeit häufig vorgekommen ist. Die Täter brauchten sich damals noch nicht bewusst zu sein, damit im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Gewalssystem zu stehen oder zu handeln. Jedenfalls fehlt hierzu in dem angefochteten Urteil eine Feststellung der subjektiven Voraussetzungen.

V.

Fall Aufemwässer (S. 54. 55):

Der Fall lässt nicht die typischen Merkmale eines Unmenschlichkeitsverbrechens erkennen. Gegenüber Aufemwässer ist lediglich, wie die Gründe (S. 54) feststellen, die Festnahme und die Leibesvisitation mit vorgehaltener Pistole erfolgt. Sonstige Verletzungen hat der Zeuge nicht zu erdulden gehabt. Durch ein solches Vorgehen kurz nach der Machtübernahme (27. 2. 1933) wurde aber nicht die Menschlichkeit i. S. der oberstgerichtlichen Rechtsprechung verletzt. Der Angeklagte war sich auch nicht i. S. des § 240 StGB der Widerrechtlichkeit seines Tuns bewusst, zumal er, wie das Urteil an anderer Stelle (S. 157) feststellt, zu den einzelnen Aktionen befohlen worden ist. Die vorliegende Aktion gegen die Funktionärversammlung der SPD ist offenbar auch polizeilich gebilligt und unterstützt worden, da die während der Aktion eintreffenden Polizeibeamten eine Raussuchung vorgenommen haben, an der sich auch vom Dorff beteiligt hat. (Vergl. die Feststellung S. 52 des Urteils). Der Angeklagte glaubte & mithin, zu der Festnahme und dem dabei erforderlichen und auch sonst üblichen Gebrauch der Waffen durch Vorhalten berechtigt zu sein und polizeiliche Funktionen in diesem Sinne übernommen zu haben. Damit entfällt die Widerrechtlichkeit und desgleichen das Moment der Bedrohung mit einem Vergehen oder Verbrechen zum mindesten in subjektiver Hinsicht.



Da das Unmenschlichkeitsverbrechen zu verneinen ist, so entfällt die Strafbarkeit für das Vergehen der Nötigung schon nach der Verordnung vom 23. 5. 1947, weil die Strafandrohung dieser Bestimmung nicht über 3 Jahre Gefängnis hinausgeht.

VI.

Fall Hochkeppel (S. 64/66):

Die Ausführungen des Schurgericht rufen insofern Widerspruch hervor, als es keine Anhaltspunkte dafür angibt, dass es sich "bei der Tat der Angeklagten um einen verabredeten Überfall handelte und die Festnahme in Verbindung mit den späteren Misshandlungen durch den SA-Trupp stand". In der Tat sind solche Umstände oder Anhaltspunkte, die diese Annahme des Schwurgerichts nahelegen konnten, nicht vorhanden. Jedenfalls hätte die "ohne Bedenken" erfolgte Annahme des Schwurgerichts, dass die Angeklagten von dem späteren Überfall durch einen SA-Trupp wussten und den Zeugen diesem SA-Trupp in die Hand geführt hat, irgendeiner tatsächlichen Belegung bedurft. Wenn der Tatrichter die Verbindung der Angeklagten vom Dorff und Heising mit dem Überfall ohne weiteres unterstellt, so lässt er damit eine gewisse Wahrscheinlichkeit statt einer allein genügenden Überzeugung und Gewissheit gelten. Hierin liegt ein Fehler der Beweiswürdigung und zugleich eine Verletzung des Grundsatzes in dubio pro reo.

Der Verbleib des vom Dorff während des Überfalls ist im Urteil gar nicht erörtert. Vom Dorff hatte seine Teilnahme an der Vorführung des August Hochkeppel in der Hauptverhandlung überhaupt restlos bestritten. Insoweit sind die Gründe (S. 65), wonach Heising und vom Dorff bestreiten, sich durch ihr Verhalten im März 1933 einer Misshandlung schuldig gemacht zu haben, unrichtig. Vom Dorff hat vielmehr seine Anwesenheit und seine Teilnahme bei der Vorführung des Hochkeppel überhaupt in Abrede gestellt. Die Wendung des Urteils (S. 65), sie (Heising und vom Dorff) hätten keineswegs Hochkeppel in die Hände des misshandelnden Trupps ausliefern wollen, ist

daher gleichfalls aus dem schon angegebenen Grund zutreffend. Vom Dorff ist in der Hauptverhandlung bezüglich dieses Falles lediglich darüber befragt worden, ob die Angaben des Zeugen Hochkeppel über den gemeinsamen Schulbesuch richtig seien. Gegenüber Heising stellt nun das Urteil wenigstens soweit fest (S.66), dass er "verschunden" gewesen sei, den Zeugen jedoch "später" - wonach offenbar eine Zeit nach dem Überfall gemeint ist, - zum Fortgehen aufgefordert habe. Gegenüber vom Dorff sind jedoch über seine An- bzw. Abwesenheit während des Überfalls keinerlei Feststellungen getroffen, sodass nicht erkennbar ist, voraus das Schwurgericht die abschliessende tatbestandsmässige Feststellung, die Mitshandlung habe mit in die Planung beider Angeklagten gehört und sie wäre hätten sie als eigene Tat gebilligt, hergeleitet hat. -

Es fehlt ferner eine Erörterung, worin das Schwurgericht die Freiheitsberaubung erblickt. Es war zu erwägen, ob der Angeklagte vom Dorff etwa als Organ der Hilfspolizei das Recht und die Pflicht zur Vorführung hatte. Der S. 64 genannte Buchbinder war als Sturmführer der Vorgesetzte des Angeklagten vom Dorff, der auch hier zu einer befohlenen Aktion, die das Schwurgericht S. 157 zu seinen Gunsten annimmt, bestellt war. Der Angeklagte vom Dorff hat auch in anderen Fällen bei Tag und Nacht auftragsgemäss Vorführungen zum Rathaus Hilden, wo die Vernehmung durch die Polizei und SA erfolgen sollte, vorgenommen, ohne an der Rechtmässigkeit dieses Auftrages zu zweifeln. Er konnte nicht annehmen, dass diese Vorführungen unterwegs durch den Überfall eines fremden SA-Trupps unterbrochen wurden.

#### VII.

##### Fall Pohl (S. 117 ff.):

Auch hier vermag die Begründung des Urteils den Strafausspruch nicht zu tragen.

Das Schwurgericht gerät in Widerspruch zu seinen Feststellungen in den Fällen Aufmawasser und Hochkeppel,



wenn es in diesen Fällen dem Angeklagten vom Dorff eine Beamteneigenschaft, etwa als Hilfspolizeiorgan, und damit die Rechtmässigkeit des Handelns in Bezug auf die Nötigung und Freiheitsberaubung nicht zugesteht, während es offenbar - ohne es auszusprechen - im Fall Pohl diese Beamteneigenschaft bejaht hat. Wie oben schon ausgeführt, finden sich über eine solche Beamteneigenschaft des vom Dorff keinerlei Hinweise an irgendeiner Stelle des Urteils. Nach Feststellungen auf S. 20 war vom Dorff damals als Fürsorgearbeiter bei der Stadt Hilden beschäftigt, also im staatsrechtlichen Sinne zweifellos Nichtbeamter. Hätte aber das Schwurgericht aus besonderen Gründen die Beamtenschaft des vom Dorff in strafrechtlichen Sinne bejaht, so hätte das näherer Erörterung bedurft. Ferner: würde auch das Schwurgericht die Beamteneigenschaft mit Recht angenommen haben, so hätte es erörtern müssen, inwiefern die Körperverletzung in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung des Amtes begangen ist. Der auf S. 147 ff. geschilderte Sachverhalt gibt hierfür keinen Anhalt. Hiernach ist der Zeuge Pohl nachmittags von dem Angeklagten Baecker, der wie das Urteil annimmt, keine Beamteneigenschaft besass, wegen Waffenbesitzes verhaftet und alsdann durch die Angeklagten vom Dorff und Kroh zum Polizeigefängnis gebracht worden. Es ist einerseits zu unterstellen, dass die Abführung im Auftrage des Vernehmenden, also des Angeklagten Baecker, eines Nichtbeamten, erfolgt ist. Es handelt sich sonach um eine SA-Aktion, an welcher Kroh und vom Dorff als ausführende Organe des Sturmmelders Baecker beteiligt waren. Es ist daher nicht einzusehen, inwiefern dem übergeordneten Organ, dem Angeklagten Baecker, die Beamteneigenschaft abgesprochen, dagegen aber dem bloss bei der Abführung tätigen Untergeordneten Organ die Beamteneigenschaft zugesprochen wird.

*H. Schömann*  
Rechtsanwalt.